Deutscher Bundestag **Drucksache 14/972**
14. Wahlperiode
05. 05. 99

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/606, 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

den folgenden Titel des Einzelplans 06 um 2 Mio. DM zu erhöhen:

Kapitel 06 35 Bundeszentrale für politische Bildung

Titel 532 02

Bezeichnung 9. „Für die Bekämpfung des Antisemitismus und andere Vorurteile", eingestellter Betrag 800 000 DM.

Bonn, den 19. April 1999

Ulla Jelpke
Petra Pau
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

1998 widersprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, entschieden der Auffassung, daß der Antisemitismus in Deutschland abgenommen habe. Es wandte sich damit gegen die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), wonach die steigende Zahl antisemitischer Straftaten keine entsprechende Einstellung der deutschen Bevölkerung widerspiegele. Ignaz Bubis wies weiter darauf hin: Früher hätten sich die Antisemiten „geniert", sich zu ihrer Einstellung zu bekennen und offen aufzutreten. Mittlerweile erhalte er viele Briefe von Antisemiten, die auch einen Absender enthielten. Auch die Anzahl solcher Hetzbriefe habe sich erhöht (vgl. Junge Welt, 23. Februar 1998). In diesen Hetzbriefen werde ihm u.a. eine „Einmischung in unsere deutsche Politik" vorgeworfen (FR, 6. März 1998).

Wenige Tage später stellte Ignaz Bubis auf einer Veranstaltung in Kassel fest, daß Antisemitismus „kein Tabu“ mehr sei. Nach seiner Einschätzung würden über 30 % der Bevölkerung in Deutschland „latent oder manifest“ antisemitisch eingestellt sein (FR, 6. März 1998).

Ignaz Bubis stützt sich dabei auf Meinungsumfragen, deren Ergebnisse erschreckend sind.

Es sei daran erinnert: Nach einer EMNID-Umfrage von Anfang 1994 – im Auftrag des Amerikanischen Jüdischen Commitees wollen

– 22 % der befragten Deutschen keinen jüdischen Nachbarn haben;

– 44 % der Westdeutschen und 19 % der Ostdeutschen meinten, daß „die Juden den Holocaust für ihre Zwecke ausnutzen“;

– 30 % der Westdeutschen und 20 % der Ostdeutschen sind nach dieser Umfrage „gegen einen Juden als möglichen deutschen Bundespräsidenten“.

Der Antisemitismus und die Leugnung des Holocaust werden längst nicht mehr von Kleingruppen aus dem Nazi-Spektrum in verräucherten Hinterzimmern deutscher Bierlokale propagiert. Diese Propaganda wird heute auch schon aus der Mitte der Gesellschaft heraus betrieben.

Es sei daran erinnert,

– daß der Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen, einer der damaligen Berater des ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, die Juden und die Polen „als die größten Ausbeuter des Steuerzahlers“ bezeichnete,

– daß der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Günter Reichert, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, anläßlich einer Rede des israelischen Staatspräsidenten, Weizmann, 1996 in Deutschland fragte, ob ihm die Rede seines Präsidenten gefallen habe (vgl. Drucksache 13/4651),

– daß der bundesdeutsche Konservatismus in beachtlichem Maße antisemitische Hetze übernommen hat und den Holocaust leugnet oder relativiert,

– daß die Zeitung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen „Fritz“ über den amerikanischen Historiker Daniel Goldhagen schreibt: „Da hat ein junger US-Bürger namens Daniel Goldhagen mit seiner Schrift ‚Hitlers willige Vollstrecker’ den Deutschen aufs Neue kollektive Schuld vorgeworfen. (...) Aber es gibt kollektive Diffamierung – wer diese betreibt, macht sich schuldig, denn ‚Völkerrufmord’ geht dem Völkermord voran. Der kollektive Schuldvorwurf an sich ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, ein Verbrechen gegen die Menschheit, egal welches Volk von ihr in seinem geistigen oder seinem biologischen Fortbestand bedroht wird“ (Fritz, September 1996),

– daß das „Ostpreußenblatt“, die Zeitung der Landsmannschaft Ostpreußen, positiv das Buch Ernst Nolte „Streitpunkte“ besprach, in dem dieser sowohl die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden als auch die Existenz der Gaskammern in Auschwitz anzweifelte. Der von Ernst Noltes Äußerungen offenbar begeisterte Autor schreibt hier: „Den Atem verschlägt es einem, wenn Nolte (...) auch die Frage nach ‚sechs Millionen’ und dem Vorhandensein von Gaskammern stellt, daß die Antwort nicht bereits vorgegeben ist“ (Ostpreußenblatt, 23. April 1994).

Die Notwendigkeit einer gezielten Aufklärungsarbeit wird auch gestützt durch den Verfassungsschutzbericht des Bundes 1998. Danach hat 1998 die „Zahl der antisemitisch motivierten (. . .) Gewalttaten“ zugenommen.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten bewegt sich seit Jahren auf einen erschreckend hohem Niveau:

1994 wurden 1 147 antisemitische Straftaten verübt,

1995 waren es 958,

1996 waren es 719,

1997 waren es 825,

1998 waren es 707.

Unter diesen Straftaten waren Körperverletzungen, Fälle der Störung der Totenruhe, Sachbeschädigungen und sonstige Verfahren, vorwiegend wegen Volksverhetzung.

Die Verwüstungen des jüdischen Friedhofs in Nürnberg im April 1999 oder das Attentat auf das Grabmal von Heinz Galinski in Berlin zeigen schlaglichtartig die Konsequenz, mit der Neofaschisten agieren.

In welchem Ausmaß diese Straftaten heute wieder begangen werden, darauf wies Ignaz Bubis hin. Ihm zufolge wurden allein im Jahr 1992 etwa 80 jüdische Friedhöfe geschändet: Das waren so viele Verwüstungen, wie sie insgesamt zwischen 1926 und 1931 in der Weimarer Republik registriert worden sind.

Vor diesem Hintergrund sollen die Mittel für Bildungsarbeit und Aufklärung erhöht werden. Es sollen in Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen und Verbänden Konzepte entwickelt werden, wie man antisemitischen Einstellungen in der bundesdeutschen Gesellschaften gezielt entgegengetreten kann.